

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Landtags-Zeitung. 1833-1846 1842**

124 (23.8.1842)

## Landtags-Zeitung.

Ein Abonnement besteht aus 25 Nummern und kostet 40fr. Durch die Post bezogen für Baden 48 fr. Die Bestellungen sind für jedes folgende Abonnement zu erneuern.

Man abonniert bei dem nächstgelegenen Postamt in Karlsruhe bei Malsch und Vogel, von welchen das Blatt auch im Buchhändlerwege zu beziehen ist.

[Nr. 124. 125.] Verhandlungen der II. Kammer der badischen Stände im Jahre 1842. [23. August.]

Herausgegeben von den Abgeordneten

Vassermann, Bissing, v. Ihstein, Kuenzer, Martin, Rindeschwender, Sander, Welcher und Weller.

Redigirt von dem Abg. Karl Mathy. — Druck von Malsch und Vogel.

## Anzeige.

Mit Nr. 126 wird das sechste und letzte Abonnement auf die Landtagszeitung eröffnet, an dessen Schluss die Leser Titel und Inhalts-Verzeichniß für das Ganze erhalten.

Die Bestellungen sind bei den Postämtern zu erneuern.

Vom zweiten, vierten und fünften Abonnement ist noch ein kleiner Vorrath übrig; es werden daher noch Bestellungen darauf angenommen.

## 41ste öffentliche Sitzung der 2. Kammer.

(Fortsetzung.)

Welcher fährt fort:

Ich bin weit entfernt, seinen persönlichen Charakter zu berühren; allein von seinen öffentlichen Handlungen und seinem politischen Charakter darf ich sprechen, und in dieser Beziehung habe ich in der Sitzung, die der Auflösung des Landtags voranging, deutlich genug gesagt, daß ich die Grundsätze dieses Mannes durchaus nicht vereinbarlich finde mit einem ständischen, freien Verfassungsrecht. Deshalb lassen Sie uns, die wir weiter nichts thun können, unsere ehrliche Ueberzeugung aussprechen und mit Ruhe und höchster Mäßigung, aber auch mit vollkommener Offenheit Männlichkeit und Beharrlichkeit die Rechte des Volkes wahren.

Es ist dies die Pflicht, nicht bloß für die Freiheit unserer Mitbürger und unserer Verfassung, sondern auch gegen den Regenten; vor Allem aber ist es unsere Pflicht, wenn wir einen dauerhaften Frieden wollen. Dieser ruht nur auf dem Recht und unserer Verfassung; wenn diese nicht heilig gehalten wird, so gibt es keinen Frieden.

Gottschalk. Der Abg. Bader hat bereits so schön des deutschen Charakters erwähnt, und ich stimme darin mit ihm ganz überein. Es läßt sich über das Viele, was in unserer neuesten Zeit sich ereignete, Mancherlei sagen; allein ich will nicht auf die Einzelheiten eingehen. Mit Behemuth bekenne ich übrigens vor Allem, daß ich mich in der Sitzung vom 1. Juli gewaltig irrte, als ich glaubte, die Minister werden heute erscheinen und die fatale Geschichte zum Wohl und Heil des Landes mit uns abmachen. Aber nicht nur ich habe mich darin geirrt, sondern auch der Abg. Junghanns, der doch hier und da in seinen Ansichten von mir abweicht. Er hat damals gesagt, die Minister werden kommen und vor den Angriffen nicht zurück beben. Ich frage aber, ob das freie badische Volk eine solche Behand-

lung an dem Tag verdient, wo es brüderlich dem Feind die Hand reichen wollte, zum Wohl des gemeinschaftlichen Vaterlandes. Uebrigens wollen wir nicht selbst über unsere Feinde richten, sondern dem Tribunal der öffentlichen Meinung es überlassen. Dabei kann ich aber auch nicht umhin, mich dem Bürger anzuschließen, der zuerst gesprochen hat. Ich will den Frieden, aber einen ehrenvollen Frieden, einen Frieden, den das Volk von den Männern seines Vertrauens erwartet. Ich will nicht wie das geschlagene kriechende Thier seufzen, sondern wünsche, daß auch der Feind entgegen komme, und brüderlich die Hand reiche; dann will ich ihm zurufen: deckt den Schleier über die Vergangenheit, handelt nur treu gegen das Vaterland und den Fürsten, aber am treuesten gegen die Verfassung. Nur die Hoffnung auf eine schönere Zukunft kann mich beleben, allein ich fürchte, daß die Minister, die uns heute abermals ausweichen, ihr unglückseliges System nicht verlassen, sondern dabei beharren wollen. Uebrigens tröste ich mich mit der Ueberzeugung, daß das Volk weiß, was es von allgemeinen Verdächtigungen zu halten hat. Solche sind leicht hinausgeschleudert, allein ich frage, ob Männer wie unser Alters-Präsident v. Ihstein, Sander, und die vielen Andern, solche Anfeindungen verdienen, die ihnen widerfahren sind, und fort und fort widerfahren? In der Ausführung des Abg. Böhme habe ich theilweise die Vertheidigung seiner eigenen Person gefunden. Er in seiner Stellung als Beamter hat auch mitgewirkt; allein es war nicht seine Schuld, es war ihm befohlen. Er hätte sich jedoch gegen das Prinzip, das ja am ärgsten auf die Diener des Staats drückt, kräftig aussprechen und einzelnen Männern unter uns, ich darf wohl sagen den Stützen unserer Verfassung nicht feindlich entgegen treten sollen. Schließlich stimme ich noch als Bürger des Vaterlandes in den Wunsch unseres unsterblichen Carl Friedrichs ein, welcher über ein freies, gesittetes und opulentes Volk herrschen wollte. Von diesem Grundsatz ausgehend, ist es das

billigte und bescheidenste was wir thun können, wenn wir uns dem Kommissionsantrag anschließen.

**Richter.** Da die Zeit schon weit vorgeückt ist, und was lange währt auch ermüdet, und ich überhaupt kein Freund von Wiederholungen bin, so schließe ich mich einfach den Vorträgen für den Kommissionsantrag an, besonders aber dem Vortrag des Abg. Baffermann, der so ganz aus dem Grund meiner Seele gesprochen hat. Den Kommissionsantrag selbst kann ich übrigens nicht ganz billigen, weil er mir viel zu gelind ist und den Handlungen und Ereignissen, auf die sich derselbe stützt, nicht entspricht. Ich verweise nur auf den Vortrag des Abg. Bader, der so treffend und wahr das ganze System, welches die Regierung befolgte, auseinander gesetzt hat. Ich verweise namentlich auf den Satz in der Motion des Abg. v. Igstein, welcher sagt, wenn je ein politischer Mißgriff und ein Unrecht gegen das Volk von den Räten der Krone geschehen ist, so war es die Erlassung jener Circularschreiben, und die ihnen gegebene Interpretation. Durch diese Vorgänge hat das Volk den Glauben an die Verfassungstreue und Gesetzesliebe der Verwaltung verloren, und ist dieser verloren, so können die Minister mit Segen nicht mehr wirken. Haben aber jetzt die Minister ihr verderbliches System geändert? gewiß nicht. Sie beharren fort und fort, auf diesem, wenn ich den Ausdruck brauchen darf, heillosen System und wir haben durchaus keine Hoffnung, daß sie dasselbe ändern werden. Ich erlaube mir deshalb noch einen Zusatz zu dem letzten Satz des Kommissionsantrags vorzuschlagen, etwa so lautend: daß die Hrn. Minister das Vertrauen des Volks ganz verloren haben, und mit Segen nicht mehr länger in ihrem Amt wirken können. Ich glaube nicht, daß den Hrn. Ministern durch dieses Mißtrauens-Votum zu viel geschieht. Insbesondere hat derjenige Minister, den Jedermann kennt, ohne daß ich ihn zu nennen brauche, seine Entlassung schon längst verdient. Dies ist die Stimme des Volkes und vox populi vox dei.

**Schaff.** Der Abg. Gottschalk hat vorhin bedauert, daß die Hrn. Minister nicht auf ihrem Plage sind, da es nun nicht möglich sei, ihnen freundlich und brüderlich die Hand zu reichen. Der Hr. Abgeordnete, der zuletzt sprach, hat den Commentar zu dieser freundlichen und brüderlichen Einladung und damit auch die Gründe mitgetheilt, warum die Hrn. Minister nicht auf ihrem Plage sind. Die Hrn. Minister sprechen gern deutsch. Heute ist schon von der deutschen Sprache die Rede gewesen, und es hören jene Herren auch gerne die deutsche Sprache; allein es scheint, daß sie das Fresco-deutsch bis jetzt nicht begriffen haben, und dies der Grund ist, warum sie heute nicht kamen. Ich bedaure es aus mehr als einer Rücksicht, daß die Hrn. Minister nicht da sind. Insbesondere bedauere ich, daß jener hart angegriffene Minister nicht anwesend ist, weil es ihm so nicht möglich ist, sofort auf die schweren Angriffe des Abg. Welcker antworten zu können. Der Abg. Hecker hat vorhin auch solche freundliche Worte gesprochen, die als Einladung für die Minister gelten konnten, auf ihrem Plage zu erscheinen, indem er sagte, wir haben sie vorgefordert, warum sind sie nicht da?

Ich gehe nun zur Sache selbst über. Wahlumtriebe,

Wahlbeherrschung, Wahlverfälschung waren die Schlagworte der Conversation während der letzten sechs Monate an allen Enden und Orten des Großherzogthums. Wer hat Wahlumtriebe gemacht, wer hat die Wahlen beherrscht und verfälscht? Das wurde durch und durch deklinirt und konjugirt. Ich will von den Wahlverfälschungen nicht reden, denn es sind mir keine solche bekannt. Ich will auch die Wahlbeherrschungen nicht durchgehen, weil ich nicht aufregen, sondern versöhnen will. Aber einige Worte erlaube ich mir rücksichtlich der Wahlumtriebe, worunter ich einen erlaubten Einfluß auf die Wahlen verstehe. Ich spreche der Regierung vor Allem das Recht zu, daß sie auf die Wahlen einen gesetzmäßigen Einfluß üben könne. Was will die Regierung? beantworten Sie diese Frage unbefangen. Unsere jezige Regierung will wahrlich nichts Anderes, als die Aufrechthaltung und Handhabung der Verfassung in allen ihren Bestimmungen und in allen Richtungen nach oben wie nach unten. Die Regierung will die Handhabung des geordneten Staatssystems, wie es bei uns besteht, und des geordneten Staatshaushalts, sie will eine gewissenhafte, treue Verwaltung der Staatsgelder. Die Regierung will dem Lande alle jene wohlthätigen Institutionen zukommen lassen, welche die Zeit gebietet. Allein sie geht mit Vorsicht zu Werk und berücksichtigt Verhältnisse und Umstände. Die Regierung ist also dem conservativen System ergeben. Was wollen dagegen die Männer der Bewegung? Sie wollen im Ganzen nichts anderes, als was die Regierung will. Ihnen ist die Verfassung vor allem heilig; allein sie geben einzelnen Bestimmungen derselben eine Interpretation, wie sie eben gerade mit ihren Gesinnungen harmonirt. Sie wollen besonders auch, daß die Institutionen, die sie für wohlthätig und zeitgemäß erkennen, urplötzlich in's Leben treten und kümmern sich nicht um die Verhältnisse; sie sehen weder rechts noch links, sondern gehen gerade aus ihrem Ziele zu. Nehmen Sie an, die Palläste der Ministerien der Justiz, des Innern, der Finanzen, des Kriegs und der auswärtigen Angelegenheiten werden mit Männern der Bewegung besetzt. Fünf Minister von der Bewegungspartei regieren mit kräftiger Hand den Staatswagen. Nun stehen die Wahlen bevor. Die conservative Partei wendet alles auf, um Leute von ihrer Art in die Kammer zu bringen, weil sie glaubt, der Staatswagen eile zu schnell dahin, es sei Gefahr vorhanden, daß am Ende die Minister die Zügel verlieren, die Rosse zu unbändig werden, der Wagen aus dem Geleise komme, umstürze und Unglück entstehe. Wenn nun vollends die Männer der conservativen Partei zu unerlaubten Mitteln schreiten, um ihren Wahleinfluß geltend zu machen, wenn sie Verdächtigungen austreuen und etwa sagen würden: „hütet euch, Männer der Bewegungspartei in die Kammer zu wählen, denn das Ministerium geht damit um, die Regierungsform zu ändern, Staatsgelder zu verschleudern und ungeheure Steuern zu erheben.“ Werden sie nicht zunächst an ihre Freunde sich wenden, und die Staatsdiener als ihre Freunde anerkennen? das müssen Sie gewiß zugeben. Wenn Sie aber einem Ministerium von der Bewegungspartei einen Einfluß auf die Wahlen

zugestehen, so müssen Sie auch andererseits der conservativen Partei, wenn diese am Ruder ist, einen solchen Einfluß gestatten. So ist es überall in der Welt, wo Repräsentativ-Verfassungen bestehen. Wenn auch der Abg. Welcker dem Abg. Böhme erwiderte, er habe seine staatsrechtliche Theorie über diese Materie in keinem Handbuch gelesen, so mag dieß seyn; allein unsere Praxis ist dafür und unsere Staatsverfassung ist nicht dagegen. Dies führt mich nun zu dem Schluß, daß der Einfluß, welchen sich die Regierung auf die Wahlen erlaubt hat, an und für sich nicht ungesetzlich und nicht verfassungswidrig ist. Die Art und Weise, wie es geschehen ist, die Erlassung der Rescripte, kann man mißbilligen, aber nichts gesetzwidriges darin finden und man kann also auch nicht zu dem Schluß kommen, zu dem die Kommission insbesondere kommt. Der Herr Antragsteller verlangt, die Kammer solle eine Mißbilligung förmlich ansprechen. Er hat aber die Sache noch etwas klarer dargestellt, indem er sagt, die Kammer soll zugleich als Kläger und Partei auftreten, und damit sie des Urtheilspruchs gewiß ist, soll sie auch zugleich das Erkenntniß geben; sie soll jedoch dieses Erkenntniß in ihr Protokoll legen, nicht in einer Form, wie sie die Verfassung vorschreibt. Der Kommissionsbericht behandelt die Sache etwas zarter. Er stellt den Antrag so sanft, so mild, süß und weich hin, daß man sich dazu hingezogen fühlt, indem man Wunder denkt, mit welcher zarter Rücksicht man die Herrn Minister noch behandelt habe. Zergliedert man aber den Antrag genau, so findet man darin ein Straferkenntniß und die Ueberzeugung ausgesprochen, was gerade das Abentheuerliche ist, nämlich die Ueberzeugung, die eine Mehrheit auch für die Minorität ausspricht. Dies habe ich auch noch in keinem staatsrechtlichen Handbuch gelesen. Diese Ueberzeugung soll die seyn, daß die Herrn Minister die verfassungsmäßige Wahlfreiheit beeinträchtigt, damit also die Ueberzeugung, daß sie die Verfassung verletzt haben; ferner die Ueberzeugung, daß sie gegen die Grundsätze einer guten und weisen Staatsverwaltung gehandelt haben, worin die weitere Ueberzeugung liegt, daß sie unfähig seien zu regieren; denn wer die ersten Grundsätze der Staatsweisheit aus den Augen läßt, ist unfähig zu regieren. Ich will damit nur nachweisen, wie zart und mild dieser Antrag ist. Es heißt ferner, die Minister hätten eine Demoralisation über das ganze Land gebracht; allen Staatsdienern das Vertrauen der Staatsangehörigen entzogen, und letzteren die Meinung beigebracht, daß die Staatsdiener der Verfassung nicht mehr treu und ihre Gesetzesliebe verschwunden sei. Dieß sind solche Kleinigkeiten, die in ganz zarter Form im Kommissionsantrag vorkommen.

Zu einem solchen Antrag könnte ich nimmermehr stimmen. Ja, es können selbst Diejenigen nicht dafür stimmen, die wirklich die Ueberzeugung in sich tragen, daß die Herren Minister mit den Wahlrescripten etwas Verfassungswidriges gethan haben. Diese müssen den Weg einschlagen, den die Verfassung vorschreibt, nämlich eine Vorstellung, oder, wenn sie schärfer auftreten wollen, eine Beschwerde gegen die Minister an den Großherzog richten. Es muß dies in der Form einer Adresse geschehen, die an die erste

Kammer geht, und wenn diese ihr beitrifft, so kann sie vor dem Throne des Großherzogs niedergelegt werden. Scheuen Sie diesen Weg und glauben Sie, die Adresse werde in der ersten Kammer keine Billigung erhalten, so ist dies noch kein Grund von der verfassungsmäßigen Bahn abzuweichen. Oder glauben Sie, Sie hätten die öffentliche Meinung mehr für sich gewonnen, wenn Sie gegen die Bestimmung der Verfassung Ihre Ansichten in das Protokoll niederlegen, als wenn Sie nach den Bestimmungen der Verfassung eine Adresse annehmen, worin Sie Ihre Ansicht fest aussprechen, wenn auch ein anderer Faktor der Gesetzgebung nicht beitrifft? Sie werden gewiß in der öffentlichen Meinung nicht tiefer stehen, als auf diese Weise und Sie hätten Ihren Feinden kein Schwert in die Hand gegeben. Wenn Sie, sage ich, den Beschluß fassen, der in Antrag gebracht ist, so haben Sie den Feinden des constitutionellen Systems ein Schwert gegen Sie in die Hände gegeben und ich werde Sie noch daran erinnern (v. J. stein: nur nicht prophezeihen). Es ist nicht das Erstmal, daß ich prophezeit habe. Ich hoffe, es werde die Catastrophe nicht eintreten, an die ich erinnere habe; allein ich befürchte, es möchte die Sache nicht zum Wohl des Landes gereichen.

*Rindeschwender.* Heute ist ein warmer Tag und von Minute zu Minute steigt die Hitze. Ich bin deshalb sehr kurz und glaube den Dank der Kammer und des Publikums damit zu verdienen. Der Abg. Goll hat den Kampf begonnen mit der Bitte zum Frieden und er ist hierin von dem Abg. Tresurt in einer Art und Weise unterstützt worden, die ich nicht näher bezeichnen will. Ich kann nicht im Ernst hierauf antworten, und da ohnehin schon so viel Ernsthaftes und Feierliches hier gesagt wurde, so erlaube ich mir, meine Widerlegung in einem Geschichtchen zu geben. Ein Soldat erhielt 25 Stockschläge diktiert von seinem Hauptmann. Während die Schläge aufgemessen wurden, lachte er mit jedem weiter empfangenen Schlag immer stärker. Nachdem er die 25 Streiche hatte und vor den Offizier trat, um sich für die gnädige Strafe zu bedanken, fragte ihn dieser, warum er denn so gelacht habe. Er erwiderte: Verzeihen Euer Gnaden, Herr Hauptmann, ich habe so lachen müssen, weil ich der Unrechte bin; Sie haben den Leuten schlagen lassen. Das heißt mit kurzen Worten: *Ecco pacem Gollo-Tresurtianam!* Um noch kürzer zu seyn, will ich aphoristisch geben, was ich in einer ausführlichen Rede vorzutragen die Absicht hatte. — Die Sünden der Herren Minister ... Der Präsident unterbricht den Redner mit der Bemerkung, daß der Ausdruck „Sünden“ nicht geeignet sei. *Rindeschwender.* Gebe mir der Hr. Präsident in der Schnelligkeit einen andern Ausdruck, der ungefähr dasselbe bezeichnet, was ich damit sagen will, so will ich ihn gerne annehmen. Die Mißgriffe also, die Verirrungen, oder wie man es heißen will, der Hrn. Minister sind von vielen Seiten so dargelegt und geschildert worden, daß es außer Zweifel ist, wie sie ihre diplomatische Weisheit offenbar in die Luft gestellt hatt, indem sie die Hoffnung eines unfehlbaren Triumphs durch die Auflösung der Kammern, die Anordnung neuer Wahlen und deren

Beherrschung hegten. Die Wahlen haben bewiesen, daß ein gesunder Sinn und Bürgertugend das Volk geleitet haben. Man ist von Seite des Volks auf die Ansicht gekommen, daß die Minister nicht für die gute Sache, nicht für des Landes Wohl, nicht zum Abschluß eines gedeihlichen Friedens in die Schranken getreten seien und den Handschuh hingeworfen haben, sondern für ihre eigene Person, zur Erhaltung und Rettung ihrer Stellen. Daber das Mißtrauen, wovon heute die Rede war. Auch ich habe aus eigener Erfahrung mich von diesem Mißtrauen der badischen Bürger überzeugt und spreche es hier laut aus; und wenn der Herr Antragsteller selbst nicht den Antrag so gestellt hat, wie ihn der Abg. Richter in Vorschlag brachte, so geschah es von seiner Seite wahrscheinlich in der Erwartung, daß eine unsichtbare Geisterhand ausheffend in das Mittel treten werde. Ich glaube, daß dies nicht der Fall seyn wird; allein auch ich will den Frieden und glaube nur, daß wir denselben in einer andern Art und in einer andern Richtung zu suchen haben, als in derjenigen, die uns von dem ersten Redner bezeichnet wurde. Ich behaupte offen und frei, wie es theilweise auch schon von andern Mitgliedern geschehen ist, daß der Friede nur wiederkehrt, wenn der Staatsminister von Blittersdorff — ich spreche diesen Namen aus — seinen Rücktritt nimmt. Ihn bezeichnet die Volksmeinung als den Verfechter, die Seele und den Urheber des störenden Systems und der Ereignisse, die wir beklagen. Ich klage mit dem Abg. Welcker nicht seinen Privatcharakter, sondern seinen öffentlichen Charakter an. Dem ersteren lasse ich jede gerechte Anerkennung zukommen. Hochgestellt wie er ist, durch Rang, Bildung und Ehrenhaftigkeit, wird er dieses Ansinnen nicht unbeachtet lassen, ein Ansinnen, das in der Brust und in den Herzen des badischen Volks Anklang und Haltung gefunden hat. Ein patriotischer Mann wird sich nicht an seinen Posten anklammern, wenn das Vertrauen mangelt, worauf eine segensreiche Thätigkeit beruht; er wird von dem Staatsamt zurücktreten, selbst dann, wenn sein eigenes Bewußtseyn ihn von jeder Schuld freispricht; ja selbst dann, wenn er noch gewichtige Zweifel in die Wahrheit der ihm vorgehaltenen öffentlichen Meinung setzen darf. So erheischt es die Pflicht eines patriotischen Staatsbürgers, so verlangt es die Ehrenpflicht. Keine politischen Reflexionen sind es, die den Wunsch des badischen Volks erzeugen und ich spreche gewiß im Sinne der Mehrheit und aus dem Herzen des badischen Volks, wenn ich diesen Wunsch wiederholt und laut hier verkündige. Nicht aus politischen Reflexionen ist er entsprungen, nicht aus englischen und französischen Theorien und Ansichten über Ministerstellung; denn wir wissen wohl, daß unsere deutschen Minister, selbst wenn sie in Lebensfragen täglich in den Kammern unterliegen, darum ihr Leben nicht verlieren. Nicht jene abschaulichen englischen und französischen Theorien, sondern die reine Wahrheit muß den Ausschlag geben, die Wahrheit nämlich: der Minister hat, — verschuldet oder nicht — das Vertrauen verspielt. Wenn diesem Wunsch von Seiten des Hrn. Ministers v. Blittersdorff nachgegeben wird, so werden die aufgeregten Gemüther in die Ebbe zurück-

kehren. Fordert dann die Gerechtigkeit, ich meine die Justiz, daß ihn einer der drei andern Minister begleite, so werden wir müheles über unsern Kummer hinwegkommen.

Präsident. Ich bitte den Hrn. Sprecher, keine Redensart zu gebrauchen, die spottend lautet.

Rindeschwender. Diese Redensart ist recht gut und wahr getroffen und ich erkenne darin keinen Spott. Ich bitte Sie, meine Herren, sprechen Sie ihre Zustimmung aus, wenn ich den wunden Fleck getroffen, wenn Sie glauben, daß ich die Richtung der Meinungen wahr dargestellt habe. (Von vielen Seiten erfolgt die Zustimmung). Ich ende damit, daß ich mit gepreßtem Herzen nicht dem Vorschlag des Abg. Richter, obgleich er die volle Wahrheit enthält, sondern dem Kommissionsantrag beitrete. Mit gepreßtem Herzen thue ich es, denn auch er wird klanglos verhallen und enthält Dasjenige nicht, was die Kammer aussprechen sollte, was sie aber vielleicht nicht aussprechen kann.

Selgam. Auch ich rufe nur: Friede! Denn es ist besser, die Aufregung zu dämpfen, und ich knüpfe hieran nur wenige allgemeine Sätze. Die leider schon zu lang bestandene Spannung hat eben so lang auch auf mich schmerzlich gewirkt. Wohl mag auch hier nicht zu verkennen seyn, was schon oft gesagt wurde, daß man nämlich in- und außerhalb dieser Mauern gefehlt hat; um so mehr scheint mir aber eine aufrichtige Versöhnung an der Zeit. Möge von allen Bewegungen bei uns nur das wahrhaft Gute zurück bleiben! ohne stülische und religiöse Weihe hat auch die raffinirteste Politik im Großen und im Kleinen durchaus keinen Werth. Ich las bei einer andern Veranlassung in einem öffentlichen Blatt folgende bemerkenswerthe Stelle: „Jedes Ereigniß, von welcher Art es sei, sollte immer mit Rücksicht auf Wahrheit, Moral und Religion beurtheilt werden. Alle politischen Systeme sind von Natur diskutabel, und man ist also nicht gewiß, daß dasjenige, zu dem man sich bekennt, auch das Gerechteste und Beste sei. Aus diesem Gesichtspunkte kann auch die Politik nicht das Prinzip seyn, wonach man die menschlichen Handlungen richtet. Die Menschen sollen nicht mit den politischen Systemen, sondern diese mit den Menschen gebildet werden.“ Ich übergehe jede weitere Reflexion und füge nur den einzigen Satz noch bei: das Gute und Wahre ist nicht gut und nicht wahr in Parteisachen, sondern es bleibt nur gut und wahr in seinem Ganzen. Wir wollen überall gleichweit entfernt seyn von jenen, die weder warm noch kalt sind, und die der große Dante als Diejenigen bezeichnet, die der Himmel nicht aufnehmen will und die Hölle ausschließt. Und doch waltet auch darüber, so wie über alle Lebensstürme und über die räthselhaftesten Ereignisse Derjenige, ohne dessen Willen kein Haar von unserm Haupte fällt. Und wie neulich einer unserer ersten Weisen hinzufügte, — ohne dessen Willen kein Lichtgedanke unseres nach Wahrheit und Freiheit ringenden Geistes verloren geht. In dieser Richtung stimme ich für den Frieden und hoffe auf die Segnungen des Friedens.

Welcker: Der Abg. Trefurt sagt, in diesem Saale sei seit dem Jahre 1831 absichtlich der Same gesät worden, woraus das Mißtrauen erwachsen, das zwischen

Regierung und dem Volke jetzt herrsche. Auch ich weise diese Anschuldigung mit Unwillen zurück.

**Bissing:** Vorausgesetzt, daß der Antragsteller und der Berichterstatter noch gehört werden, und auch die übrigen Mitglieder auf das Wort verzichten, will ich das Gleiche thun, und nur noch auf namentliche Abstimmung antragen.

**Präsident:** Es haben sich noch 11 Redner um das Wort gemeldet, und ich werde, ebenfalls in der Voraussetzung, daß der Berichterstatter und der Antragsteller noch gehört werden, die Frage zur Abstimmung bringen, ob die Diskussion noch länger fortgesetzt werden soll.

**Goll.** Ich habe dem Abg. Rindeschwender bloß zu bemerken, daß ich ihn mit gleichen Waffen nicht zu bekämpfen vermag. Er kann in der Rufe der Herrn Regierungskommissäre einen Ameisenfingel hervorbringen, darum lasse ich ihm den österreichischen Korporalstock, der sich dann in den besten Händen befindet.

**Rindeschwender.** Alsdann nehme sich der Abg. Goll in Acht. (Allgemeines Gelächter).

Die Kammer erklärt sich für den Schluß der Diskussion nach Anhörung des Berichterstatters und des Antragstellers.

**Sander.** Als ich in diesen Saal trat, die Bank der Minister leer fand, und als ihren Vertreter nur einen der Räte eines Ministeriums erblickte, da muß ich gestehen, daß ich dieses kaum begreifen konnte. Ich konnte es aber um so weniger begreifen, daß die Hrn. Minister nicht kamen, als ich von ihrem Vertreter am Anfange der Sitzung eine Erklärung verlesen hörte, in welcher, als die Ansicht der Minister, uns eröffnet wird, daß dieselben unseren Antrag für einen verfassungswidrigen halten, daß sie glauben, wir hätten nicht das Recht und nicht die Befugniß, den Antrag in diesem Saale zu besprechen und anzunehmen, nicht die Befugniß, unsere bloßen Ansichten und unser alleiniges selbstständiges Urtheil über Schritte oder Handlungen der Minister, wie die Wahlauschreiben es sind, auszusprechen und den darüber gefaßten Beschluß zu Protokoll niederzulegen. Wahrlich, soweit ich parlamentarische Geschichte kenne und parlamentarische Erfahrungen gemacht habe, so ist mir etwas Aehnliches, wie dieses Wegbleiben der Minister, nicht bekannt. Meine Erfahrungen gingen dahin, daß je mehr man irgend etwas in diesem Saale oder in irgend einem Ständesaale that und vornahm, durch welches man die Verfassung gefährdet und verletzt sehen konnte, um so größer auch die Pflicht der Minister war, auf ihrem Posten zu seyn, um diesen Angriffen und dieser Gefahr der Verfassung zu begegnen; und obgleich nun die Herrn Minister ihre Ueberzeugung dahin ausgesprochen haben, daß der in Antrag gebrachte Beschluß ein verfassungswidriger sei, so erscheint Niemand von ihnen, so bleibt dennoch die Bank der Hrn. Regierungskommissäre leer. Das ist fürwahr ein wohlfeiles Mittel über Schwierigkeiten, über die großen Schwierigkeiten von Diskussionen zwischen der Staatsverwaltung und den Ständen wegzukommen. Man thut Schritte gegen diese Kammer, fällt aus gegen die Verfassung und dann, wenn man sich deshalb zu vertheidigen oder zu verantworten hat, dann bleibt man weg. Dieses Wegbleiben kann nur beweisen, daß man wohl selbst nicht

recht an dasjenige glaubt, was man hier behauptet, daß nämlich der Antrag des Abgeordneten von Jhstein ein verfassungswidriger sei. Denn wahrlich, wenn man dieses glaubte, und wenn man es namentlich in dem hohen Grade glaubte, wie in dem Rescript gesagt ist, wonach jeder Unbefangene es einsehen solle, so dürfte ich erwarten, daß die Minister an ihrem Platz sich einfinden werden, um dasjenige zu beweisen und darzutun, was jeder Unbefangene einsehen soll. Offenbar sind dies aber nur hingeworfene Behauptungen, die nur dazu dienen, den Riß, der da besteht, noch größer zu machen.

Wohl sprechen die Abg. Trefurt und Goll vom Frieden, und wohl erlassen sie eine Aufforderung an uns, die Hand zur Versöhnung zu reichen. Worin soll aber der Friede bestehen? In einer Tagesordnung, also in nichts anderem, als in der schwachvollsten Nachgiebigkeit, hinsichtlich dessen, was uns das heiligste ist, in der schwachvollsten Nachgiebigkeit hinsichtlich der Wahlfreiheit, hinsichtlich des Zustandekommens dieser Kammer, so wie aller verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten, die uns gegeben sind.

**Schaaff.** Es ist nur auf eine motivirte Tagesordnung angetragen.

**Sander.** Eine motivirte Tagesordnung wurde nicht vorgeschlagen, sondern die Ansicht ging lediglich dahin, daß wir ruhig und still über die Wahlauschreiben weggehen sollen.

**Schaaff.** Ich verweise den Abg. Sander auf die Motive des Antrags.

**Sander.** Ich überlasse dem Abg. Schaaff, wenn er für den Antrag des Abg. Goll stimmt, etwa noch eine motivirte Tagesordnung hinein zu bringen und darauf anzutragen. Vor der Hand ist aber eine motivirte Tagesordnung nicht in Antrag gebracht. Die Kommission hat einen Antrag gemacht, und diesem Antrag ist unbedingt die Tagesordnung gegenüber gestellt. — Man fordert von uns, daß wir die Hand zur Versöhnung reichen, und ich könnte auch sagen, wir wären bereit oder könnten dazu bereit seyn; wo sind aber Diejenigen, die uns die Hand entgegenstrecken sollen? Sie sind weggeblieben! Unter welchem Zustand, in welcher Art und Weise? So daß sie abermals Vorwürfe machen, wir handelten verfassungswidrig und machten uns gehässiger Ausfälle gegen sie schuldig. Ist dies, frage ich vor allem, der Weg, der von den Ministern gegen uns betreten wird, um eine Versöhnung herbeizuführen, und ist dies der Weg, um den Frieden wieder lehren zu machen, wenn wir unsere heiligen Rechte vertheidigen, und man dann uns vormirft, dies seien Verfassungswidrigkeiten? Wir haben übrigens die Hand zur Versöhnung geboten. Es ist eine alte Wahrheit, daß, wenn ein Zwiespalt zwischen Regierung und Volk besteht, eben so gut ein großes Unglück das eine Regierung trifft, als ein großes Glück, welches sie trifft, eine Versöhnung zwischen beiden herbeiführen kann. Ein Beispiel hievon liefert uns in neuester Zeit Frankreich, wo das unglückselige, das europäische Ereigniß, nämlich der Tod des Herzogs von Orleans, alle Parteien um den Thron vereinigte. Wir haben hier erst neulich die Volljährigkeit des Erbgroßherzogs zur Sprache gebracht, uns darüber gefreut, und wir alle waren mit den Beweisen der Ergebenheit

und der Treue gegen den Großherzog einverstanden. Haben wir aber darauf hin irgend eine Antwort, haben wir irgend ein Zeichen von den Ministern erhalten, das geeignet gewesen wäre, uns die Aussicht zu eröffnen, es werde eine Versöhnung zu Stande kommen? Sind wir es, die die uns zur Versöhnung dargereichten Hände zurückgestoßen haben, oder haben wir nicht vielmehr überall an den Tag gelegt, daß wir Frieden und Eintracht suchen, ohne darauf eine Erwiderung zu erhalten! Und gerade der Umstand, daß die Minister wegbleiben, liefert den schlagendsten Beweis, daß sie nicht vorhaben, irgend einen Schritt zurück zu thun, und irgend eine Versöhnlichkeit gegen die Kammer zu zeigen. Es erfolgte ja nicht ein einziges freundliches Wort oder eine Anerkennung von ihnen, daß bei den Wahlen etwas zu weit gegangen worden sei. Und doch sagt man, wir sollten Friede schließen. Ein schmachvoller und schimpflicher Friede wäre es aber, wenn wir uns jetzt beruhigen wollten. Es wäre fürwahr gegen einen solchen Frieden eine Kleinigkeit gewesen, diese Wahlschreiben gar nicht zur Sprache zu bringen; allein nachdem es geschehen ist, und nachdem von den Banken der Regierung immer die Behauptung ausgeht, daß alles, was geschah, recht sei, und nachdem jetzt die Bank der Minister leer steht, und uns abermals Verfassungswidrigkeiten vorgeworfen werden, können und dürfen wir nicht zurückgehen. Wohl hat der Abg. Trefurt davon gesprochen, daß seit 1833 in diesem Saale eine Partei bestehe, die alles, was von der Regierung komme, verdächtige, und alle Bande des Vertrauens löse. Der Abg. Mördes hat hierauf zum größten Theil schon erwidert, daß man jene Behauptung von dem Jahre 1833 nicht aufstellen könne. Ich selbst bin seit 1833 in der Kammer, und habe oft an einer Ansicht Theil genommen, die jener der Herren Minister entgegen war. So lange wir aber den Minister Winter hatten, kamen wir nie in einen solchen Zwiespalt. Wir sahen wohl, daß der Minister Winter eine Richtung hatte, die keinen allgemeinen Beifall hier fand, allein wir sahen nicht, daß diese Richtung dahin ging, alle Rechte des Volkes zu vernichten oder zu zerstören. Der Abg. Trefurt glaubt aber sogar noch weiter, daß die Richtung, die in diesem Saale stattfindet, das Volk zu entfüllen drohe. O! Herr Abg. Trefurt, das Vaterland hat diese Anschuldigungen gehört, allein schon höre ich auch die allgemeine Stimme des Vaterlands erwidern: Nein, dem ist nicht so! die Männer, die früher und jetzt noch die Rechte des Volkes schützen und die Verfassung verteidigen, entfüllen das Volk nicht, sondern, wenn Jemand das Volk entfüllt, so ist es jene Partei, die alle Rechte des Volkes zu beeinträchtigen, die die Verfassung zu verkürzen sucht, und allen vernünftigen Fortschritten, welche die Zeit gebietet, entgegen tritt.

Der Abg. Trefurt hat dann noch von uns als einer stehenden Partei gesprochen. Er hat damit den Herren Ministern den größten Vorwurf gemacht. Wie, meine Herren, uns, in der Mehrheit in der wir bestehen, uns, etwa dreißig Männern, sollte es gelungen seyn, die Minister in den Wahlen zu überwinden, das Land für uns zu gewinnen; die Minister, sage ich, welche über die Presse zu

gebieten hatten und die uns das ganze zahllose Heer der Beamten entgegen stellten. O! Herr Abgeordneter, Sie haben dadurch dem Ministerium das schlimmste Kompliment in Beziehung auf seinen Einfluß, seine Einwirkung auf das Volk und auf seine Staatsklugheit gemacht. Es ist aber dem nicht so. Wir sind keine Partei, sondern wir sind das Volk und ganz der Ausdruck der wahren Volksmeinung; wir sind die ächten Vertreter des Bürgerthums, des deutschen badischen Bürgerthums, das nichts mehr und nichts weniger und nichts anderes will, als die Verfassung. Die Wahrheit der Stimme des Landes, die ächte öffentliche Stimme Badens hat in unsern Wahlen gesiegt, und diese ächte unverfälschte Stimme des Landes feiert jeden Tag durch unsern Mund den Sieg Jener, die die Rechte des Volks und die Verfassung gegen Jene verteidigen, welche beide zu verkümmern suchen. Wenn aber wirklich von einer Partei bei uns die Rede ist, so sind es nicht wir, sondern jene Männer der Reaktion sind es, die Partei der Reaktion ist es, die sich leider immer zwischen Fürst und Volk drängt, die den Samen des Mißtrauens säet und alle Bande des Vertrauens, das unter dem Ministerium Winter bestand, gesprengt hat, die an allen unsern konstitutionellen Rechten und an der Verfassung selbst martert, und die durch und durch reaktionär uns unsere wenigen Rechte zu verkümmern droht und allen vernünftigen Fortschritten der Zeit entgegentritt. Seit dem Eintritte jenes Mannes, der oft genug hier bezeichnet wurde, haben wir leider fort und fort Kämpfe um unsere gewissten Rechte zu bestehen, und finden darin keinen Frieden. Wir haben fort und fort über Eingriffe in unsere sichersten Befugnisse zu klagen, wobei ich nur an den holländischen Handelsvertrag erinnern will. Wir müssen fort und fort unsere zuverlässigsten verfassungsmäßigen Rechte verteidigen, und Alles, was von dort ausgeht, das sind Bestreitungen und Zweifel gegen unsere Rechte, die immer bestanden und von denen das frühere Ministerium uns nichts bestritt. Man sage daher nicht, daß wir es seien, die Unruhe oder irgend ein Mißtrauen im Lande verbreiten. Wo finden wir denn eine Ruhe und Zufriedenheit? Worin hat man denn ein Vertrauen geweckt? Ist die Kirche und die Schule, ist die Industrie, der Weinbau oder der Landbau zufrieden? Haben wir irgend nur ein Verhältniß in dem Lande, wo Zufriedenheit besteht? Leider muß ich sagen, daß seit zwei Jahren die frühere Ruhe und das große Pfund an Vertrauen, welches Winter den jetzigen Ministern überantwortet hat, fast gänzlich geschwunden und verloren ist. Jedem von uns in der Commission, und wir sind gute Patrioten, hat es, wie ich Sie versichern kann, leid gethan, dem Antrag, wie wir ihn stellen, beitreten zu müssen; allein die Stimme der Wahrheit und die Pflicht des Abgeordneten drängt mächtig dazu hin, und ruft uns auf, diesen Beschluß zu fassen, der in Uebereinstimmung mit der Verfassung, mit den Rechten des Volks, mit den vernünftigen Fortschritten der Zeit die öffentliche Meinung für sich hat, und der ungehindert von allen Drohungen, deren der Abg. Schaaff erwähnt, und ungehindert von ihrer Verwirklichung, die ich nicht besorge, auch gefaßt werden wird. Wollte man aber diesem Beschluß einen an-

dem entgegenstellen, so wird das Land sein Urtheil hierüber und zugleich darüber sprechen, wer sein wirklicher Vertreter ist. Meine Herren, vor einigen Jahren sprach ein ehrwürdiges Mitglied des uralten deutschen Kaiserhauses die schönen Worte: „Eine neue Zeit verdrängt die alte Zeit, und ihren Warnungsruf hat sie erschallen lassen, sich ihr anzuschließen.“ Jenes ehrwürdige Mitglied des uralten deutschen Kaiserhauses sprach dies freilich nur in Beziehung auf Handel und Gewerbe aus. Es gilt aber dieses schöne Wort, ja es gilt noch viel mehr von den öffentlichen Zuständen und den politischen Verhältnissen der Staaten. Ja, eine neue Zeit verdrängt die alte Zeit, und ihren Warnungsruf hat sie erschallen lassen, sich ihr anzuschließen, und wer sich ihr nicht freiwillig anschließt, der wird von ihr erfaßt und weiter mit fortgerissen werden, als es der Fall gewesen, wenn er sich ihr angeschlossen und ihre Leitung übernommen hätte, und wer sich ihr sogar noch widersetzt, der wird von ihr ergriffen und erdrückt, zernichtet und zertrümmert werden. Das ist die Lehre der Geschichte, die durch alle ihre Blätter geht, das ist die rächende Hand der Nemesis, die früher oder später, aber immer gewiß, alle Jene ergreift, die sich der Anerkennung der Rechte des Volks und den vernünftigen Fortschritten der Zeit entgegen stellen: *sera numinis vindicta, sed eo certior.* (Allgemeines Bravo. Der Präsident gebietet Ruhe).

v. Jßstein. Die Kammer hat bereits ausgesprochen, daß sie gehörig unterrichtet sei und die Rede des Abg. Sander, vorgetragen mit der Kraft, die ihm eigen ist, hat wohl ergänzt, was allenfalls noch fehlte. Ich kann mich deshalb kurz fassen. Ich werde dies schon um deswillen thun können, weil ich bereits in meiner Motion ausgeführt habe, was nöthig war und was das Herz drückte. Durch die heilige Pflicht des Abg. war ich gedrungen, diese Motion zu stellen; ich hielt es in meiner Pflicht, den Gefahren entgegen zu treten, die der Verfassung drohten, den Gefahren, die das heiligste Recht des Volks, nämlich die Wahlfreiheit, beeinträchtigen und schwächen sollten. Die Herren Minister sind nicht erschienen, ohngeachtet sie uns selbst mehrmals erklärt hatten, daß wirunfern Neusserungen über spezielle Fälle verschieben möchten, bis zu dem Tage der großen Schlacht, wie sie ihn zu nennen beliebten; dort werde es sich zeigen, wie auch die Opposition in einer Weise auf die Wahlen eingewirkt habe, die der Einwirkung der Regierung das Gleichgewicht halte! Ich habe die Herren Minister mit Freude erwartet und gehofft, daß sie dieses nachweisen und der Welt zeigen würden, wie die Opposition ihre Einwirkung durchgeführt habe. Wenn es ihnen hiezu an Materialien gefehlt hätte, so würde ich sie ihnen selbst bereitwillig gegeben haben, woraus sie übrigens die Ueberzeugung hätten gewinnen müssen, welcher schwacher Grund es sei, wenn sie ihre Schritte dadurch in Schutz nehmen wollen, daß die Männer der Opposition dem Volk ebenfalls gerathen haben, Diesen oder Jenen als Deputirten zu wählen. Die Opposition, wie man sie zu bezeichnen beliebt, hat nicht die Mittel, wie die Regierung. Sie kann weder belohnen noch strafen, weder versetzen noch Amtsitze verlegen, weder Garnisonen schicken, noch wegnehmen, noch irgend etwas dieser Art

thun. Wenn wir einen Mann dem Volke als Deputirten vorschlagen und ihn empfehlen, so ist es dem Willen der Bürger überlassen, ob sie unsern Rath annehmen, ob sie Werth darauf legen wollen oder nicht. Wenn aber der Beamte und die Regierungsdirectoren auftreten, umgeben mit der amtlichen Gewalt und verbunden mit Drohungen aller Art, in die ich speziell nicht eingehen will, weil manche wahrlich eckelhaft sind, so ist dies etwas ganz anderes, als wenn der Bürger dem Bürger einen Rath gibt. — Denn hier wirken Befangenheit, Furcht und Rücksichten aller Art auf die Wähler. Aber! warum, frage ich, sind denn heute die Hrn. Minister nicht erschienen, nachdem es ihre heilige Pflicht war, der Kammer selbst zu erklären und nachzuweisen, was sie nun durch einen dritten sagen ließen? daß wir nämlich verfassungswidrig handelten! Haben sie nicht auch die Verfassung beschworen? Müssen sie nicht die Verfassung schützen und vertheidigen, wenn sie dieselbe angegriffen glauben? Sind sie nicht deshalb die Räte der Krone, daß sie hier erscheinen, um zu schützen, was dem Lande gebührt? Sind sie nicht die Angegriffenen, die Männer, welche die Circularschreiben in ihrem Namen erlassen haben? Wenn ich, der den Antrag wegen dieser Circularien und der daraus hervorgegangenen Wahlbeherrschung gestellt hat, heute weggeblieben wäre, und mich mit einem Briefchen oder mit einem Boten an den Hrn. Präsidenten entschuldigt hätte, so frage ich, was die Herren Minister, was die Kammer und was die öffentliche Meinung gesagt haben würde? Man würde mit Recht erklärt haben: der Mann hat Lärmen machen wollen, aber nun ist er zu feig, seine Sache zu vertheidigen! Ich will keinen Schluß ziehen, sondern überlasse das Urtheil der öffentlichen Meinung; allein ich kann diese wahrlich nicht hindern, zu schließen, was auf der flachen Hand liegt. Die Minister müssen aber auch da seyn, um die Rechte der Krone zu vertheidigen, wenn sie glauben, daß wir sie und die Verfassung verletzen wollten! Statt ihrer scheint nun aber der Abg. Trefurt das Wort genommen zu haben; er predigt Frieden, wie er denn überhaupt auch seit einiger Zeit die Rolle des Sittenpredigers in der Kammer spielt. Auf welche Weise aber predigt er den Frieden? Er verunglimpft die Kammer von 1831, indem er ihr und den folgenden Kammern, wie der jetzigen vorwirft, daß sie die Schuld der Zerwürfnisse trage, daß sie Unrichtigkeiten und Unwahrheiten und Erbitterung in der Kammer austreue, und sich mit Bitterkeit ausspreche. Ob dies der Weg zum Frieden ist, und zu dem Ziele, welches der Herr Abgeordnete erreichen wollte, bezweifle ich. — Ich wende mich hievon ab, zu dem Abg. Böhme. Derselbe hat uns ausgeführt, daß die Regierung nothwendig einwirken müsse, ja er hat sich sogar harter Ausdrücke gegen die Regierung bedient, welche sogar den Regenten selbst treffen. Ich werde ihm dies zeigen: Er hat gesagt, daß es gegen die Pflicht der Regierung gewesen wäre, wenn sie nicht in die Wahlen eingewirkt hätte und daß es mehr als ein unschuldiges Benehmen seyn würde, wenn sie müßig geblieben wäre! Ich überlasse dem Abg. Böhme, diesen Vorwurf, den er der Re-



gierung, und ich füge abermals hinzu, den er dem Regenten damit machte, und ich muß es ihm überlassen, solchen Vorwurf wieder gut zu machen. Er hat vergessen, was die Regierung im Namen desselben Regenten, der Baden jetzt noch vorsteht und dem wir Alle unsere Huldigung und Verehrung gern darbringen, am 26. November 1830 in dem damaligen Manifest erklärt hat. Es habe der Regent, heißt es darin, gelobt, die Verfassung *tr e u* und *w a h r* zu halten, und weil er dies thun wolle, habe derselbe seine Regierung angewiesen, zu erklären:

„Die Regierung kann sonach nicht den Gedanken hegen, die Staatsbürger des Großherzogthums in einem der wichtigsten Verfassungsrechte zu beschränken, oder auf die Wahlen zu Gunsten oder Ungunst irgend einer Person, durch welche Mittel es auch sei, einzuwirken. Im Gegentheil, es ist ihr Wille, daß auf die einzelnen Wahlen von Seiten der Regierungsbeamten weder mittelbar noch unmittelbar eingewirkt werde.“ Nun behauptet der Abg. Böhme gegenüber derselben Regierung und desselben Regenten, daß sie ihre Pflicht verletzt haben würden, wenn sie nicht eingewirkt hätten!! — Ich habe in meiner Motion die Wahlbeherrschung, die traurige Wahlbeherrschung, wie sie an uns allen vorüber gieng, geschildert; ich habe sie in allgemeinen Grundzügen dargestellt und es scheint mir daher nicht mehr am Platz zu seyn, jetzt noch einzelne Fälle zu erwähnen. Das allgemeine Bild, welches ich gegeben, bietet hinreichenden Stoff zur Beurtheilung dieses betrübenden Ereignisses und genügt wohl vollkommen. Aber nicht das badische Volk allein ist darüber einig, nicht dieses allein wurde entrüstet über eine solche Wahlbeherrschung, durch die man dem badischen Volk wahrhaft Hohn sprach, und es behandelt hat wie ein unmündiges Kind, eine Maschine und Ballen, die man nur durch die

Beamten fortstoßen lassen könne. Deutschland war entrüstet und jeder muß bestätigen, der in den verschiedenen Gegenden Freunde und Bekannte hat, und der die, von Furcht und Knechtsinn nicht gelähmten Stimmen vernehmen konnte, Deutschland war entrüstet, daß eine Regierung, die als der selige Winter ihr vorstand, die Zierde von Deutschland, und Baden ein Staat war, den man um seine Regierung beneidete, nun auf einmal mit so traurigen Beispielen vorangehen konnte. Ich bitte die Kammer, festzuhalten den Beschluß, den die Kommission in Antrag gebracht hat. Er ist das Wenigste, was die Kammer thun kann, wenn sie, wie der Abg. Sander mit Recht erklärt hat, die Schmach nicht auf sich laden will, daß sie zurückweiche in einem Kampf, den sie beginnen mußte, weil der geschworene Verfassungs Eid und die Pflicht des Volksvertreters ihn geboten hat. Wir sprechen, wenn wir diesen Antrag annehmen, nichts anderes aus, als was das Volk längst allgemein ausgesprochen hat. Es ist aus meiner Motionsbegründung zu ersehen, daß kein weiterer Angriff von meiner Seite erfolgen sollte. — Ich wollte nicht das Neueste ergreifen, ob ich gleich weiß, daß ich nach der aufgeregten Stimmung des Volkes einen Antrag hätte stellen können, wie ihn der Abg. Richter vorgebracht hat. Weil aber Versöhnung unsere Absicht war, und weil wir nicht mehr erbittern wollten, als schon geschehen war, ging ich nicht weiter, als meine Pflicht gegen das Volk gebot, mühte mich aber auch schämen, einen geringern Antrag als diesen anzunehmen!

Schaaff. Ich stimme für den gelindern Antrag und schäme mich nicht.

Der Präsident schließt die Diskussion und bringt den Antrag der Kommission zur namentlichen Abstimmung, deren Ergebnis wir in Nr. 116 mitgetheilt haben.